

Agricultural Policies in OECD Countries: At a Glance - 2006 Edition

Summary in German

Agrarpolitik auf einen Blick – Ausgabe 2006

Zusammenfassung in Deutsch

KURZZUSAMMENFASSUNG

In den OECD-Ländern ist der Agrarsektor weiterhin durch ein hohes Stützniveau gekennzeichnet

Im Jahr 2005 machten die durchschnittlichen geschätzten Erzeugerbeihilfen (PSE) im OECD-Raum 29% der landwirtschaftlichen Einkommen aus, was dem Niveau von 2004 entsprach, gegenüber dem Zeitraum 1986-1988, wo sie 37% betragen hatten, aber einen deutlichen Rückgang darstellte. Für 2005 wird der PSE-Wert auf 280 Mrd. US-\$ bzw. 225 Mrd. Euro geschätzt. Die gesamten Agrarfördermaßnahmen, d.h. Erzeugerbeihilfen, Finanztransfers an die Verbraucher und allgemeine Dienstleistungen für die Landwirtschaft zusammengenommen, beliefen sich 2005 auf 1,1% des BIP, gegenüber 2,3% im Zeitraum 1986-1988.

Die schrittweise Abkehr von Politikinstrumenten mit besonders starken produktions- und handelsverzerrenden Effekten hält an

Die Politikreform verändert die Vergabemodalitäten der Erzeugerbeihilfen. Der Anteil der Produktion und Handel am stärksten verzerrenden Stützungsformen – output- und inputbezogene Hilfen – hat sich von 91% der Erzeugerbeihilfen im Zeitraum 1986-1988 auf 72% in den Jahren 2003-2005 verringert. Der Rückgang der produktionsbezogenen Beihilfen zeigt sich auch an der deutlichen Verringerung der Lücke zwischen einheimischen Erzeuger- und Grenzübergangspreisen. Im Zeitraum 1986-1988 lagen die durchschnittlichen Erzeugerpreise im OECD-Raum insgesamt um 57% über den Grenzübergangspreisen; in den Jahren 2003-2005 war die Lücke auf 27% geschrumpft. Mit den Kürzungen bei dieser Unterstützungsform gingen Erhöhungen der Zahlungen einher, die an die Anbaufläche oder die Zahl der Tiere bzw. an historisch begründete

Ansprüche gekoppelt sind, was den Effekt auf die landwirtschaftlichen Einkommen dämpfte. Diese Zahlungen sind zunehmend an die Einhaltung bestimmter Bedingungen vor allem im Umweltbereich geknüpft. Allerdings überwiegen bei den Erzeugerbeihilfen in den meisten Ländern nach wie vor produktions- und inputbezogene Maßnahmen, die die Produktion stimulieren, die natürlichen Ressourcen belasten und den Handel verzerren. Außerdem wurden im Hinblick auf Politikmaßnahmen mit klar definierten Zielen und Empfängergruppen bisher nur sehr bescheidene Fortschritte erzielt. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um zu gewährleisten, dass die agrarpolitischen Maßnahmen in operationeller Hinsicht transparenter sind, auf spezifische Ziele ausgerichtet werden und flexibel an die sich wandelnden Prioritäten angepasst werden können.

Die Reform der Agrarpolitik schreitet in den einzelnen Ländern unterschiedlich voran

Seit 1986-1988 ist der prozentuale Anteil der Erzeugerbeihilfen an den landwirtschaftlichen Einkommen in praktisch allen Ländern zurückgegangen. Der in Prozentpunkten stärkste Einbruch dieses Indikators wurde in Kanada, Mexiko (seit 1991-1993) und Neuseeland beobachtet. Unter den Ländern mit hohem Stützungs niveau war der Rückgang in Island, Schweiz und Korea am stärksten. Global betrachtet hat sich der BIP-Anteil der gesamten Agrarbeihilfen in praktisch allen OECD-Ländern verringert.

Auf nationaler Ebene wurde 2005 in der Agrarpolitik eine Reihe von Änderungen teils umgesetzt, teils beschlossen

Die Durchführung der GAP-Reform von 2003 wurde in der Europäischen Union fortgesetzt; so wurde in einigen Ländern die Milchzahlungsregelung und in zehn Mitgliedsländern die Betriebsprämienregelung eingeführt. Korea begann mit der Revision seiner Reispolitik, zu deren Umsetzungsmaßnahmen auch die Abschaffung der Reiskäufe durch den Staat und die Einführung von Direktzahlungen zählen. Kanada führte das *Farm-Income-Payment-Programm* ein, das Sonderzahlungen an die Erzeuger vorsieht, und die Reihe der bisherigen Ad-hoc-Zahlungen abschließt. In den Vereinigten Staaten wurde das Quoten- und Preisstützungssystem beim Tabakanbau durch befristete Zahlungen ersetzt, und die Ausgleichszahlungen für Einkommensverluste aus der Milchproduktion wurden bis 2007 fortgeschrieben. Die Türkei verlängerte ihrerseits ihr Projekt zur Umsetzung der Agrarreform bis 2007. Island nahm eine institutionelle Umstrukturierung in Angriff, um die Verwaltungseffizienz zu steigern.

Im Jahr 2005 einigte sich der Rat der Europäischen Union auf eine Reform der Zuckermarktordnung. Ab 2006 werden die amtlich festgelegten Preise für Rohr- und Weißzucker gesenkt, und in die Betriebsprämienregelung wird eine neue Art von Zahlungen aufgenommen. Ferner wurde für den Zeitraum 2007-2013 eine neue Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums verabschiedet. In Japan wurde ein neuer Basisplan für Lebensmittel, Landwirtschaft und ländliche Räume aufgestellt. Zu dessen wichtigsten Merkmalen zählt die Einführung neuer Direktzahlungen ab 2006, mit denen die Basis für Beihilfen zu Gunsten von Einzelprodukten auf Produktpaletten verlagert wird. In Norwegen wurde eine Einigung über das nationale Umweltprogramm erzielt, und es wurden gleichzeitig regionale Programme eingerichtet.

Eine multilaterale Reform der Agrarpolitik steht immer noch aus

Die Verhandlungsrunde über die Doha-Entwicklungsagenda (DDA) wurde mit Diskussionen über Agrarfragen, die auf dem 2004 vereinbarten Rahmen basierten, fortgesetzt. Die Teilnehmer einigten sich auf eine neue Methode zur Berechnung von Ad-valorem-Zolläquivalenten, und es wurden konkrete Vorschläge unterbreitet. Die Verhandlungen auf der Ministertagung in Hongkong von Dezember 2005 mündeten in eine Vereinbarung über die parallele Abschaffung aller Formen von Exportbeihilfen und Disziplinen bezüglich Exportmaßnahmen mit äquivalenter Wirkung bis Ende 2013, deren Inkrafttreten natürlich von einer generellen Einigung über die DDA abhängt. Wichtige Fragen im Zusammenhang mit handelsverzerrenden Formen der binnenwirtschaftlichen Stützung und der Verbesserung des Marktzugangs, insbesondere was die Zolllenkungsätze betrifft, müssen ebenfalls noch geklärt werden. Fortschritte bei diesen Verhandlungen sind dringend notwendig, um dem Reformprozess der Agrarpolitik neue Impulse zu verleihen.

© OECD 2006

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter www.oecd.org/bookshop/.

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die
OECD Rights and Translation Unit,
Public Affairs and Communications Directorate.

E-Mail : rights@oecd.org

Fax: +33 1 45 24 13 91

Adresse: OECD Rights and Translation unit (PAC)
2, rue André-Pascal
75775 Paris cedex 16
France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

